Mehr als ein Gelderwerb

PREIS. ... ist Arbeit für Anke Dinsing. Sie hat gestern den Unternehmerinnenbrief erhalten - für ihre Idee, Arbeitssuchende auf den richtigen Weg zu bringen. Wie das funktioniert, erzählt sie der NRZ.



Claudia Grotegut aus Essen und Anke Dinsing aus Mülheim gewinnen den Unternehmerinnenbrief. 13 Neugründungen hatten sich beworben. Für die beiden Siegerinnen ist der Preis ein Feedback für ihre erfolgreiche Arbeit.

STEFANIE BERSIN

Anke Dinsing ist ausgezeichnet. Die 46-jährige Sozialpädagogin hatte eine gute Idee, hilft anderen auf Sprünge und in schweren Zeiten, den richtigen Job zu finden. Ihr Unternehmen, die "crossover-berufsberatung und coaching" zeichnete gestern eine Jury mit Vertretern aus Banken, Verbänden, Kammern und Wirtschaftsförderern mit dem Unternehmerinnenbrief NRW

Frage: Wie fühlen Sie sich?
Anke Dinsing: Toll, gerade ein bisschen erschöpft. Vor der Verleihung war ich ganz schön aufgeregt. Aber: Es ist ein schönes Gefühl der Bestätigung, sich mit seiner Unternehmensidee zu platzieren.

Frage: Was ist das eigentlich für eine Idee?

Dinsing: Ich mache Crossover-Berufsberatung und Coa-

ching. Das heißt, bodenständige Beratung am Arbeitsmarkt. Ich helfe Menschen, Visionen zu entwickeln. Vorher habe ich zehn Jahre im Hochschulteam der Arbeitsagentur in Essen gearbeitet. Ich kenne den Markt und die Erwartungen der Chefe

Frage: Inwiefern? Was erwarten sie heutzutage?

Dinsing: Es kommt heute darauf an, dass man weiß, was man will. Die meisten glauben, je flexibler sie sind, desto eher finden sie eine Stelle. Aber wer so flexibel ist, läuft Gefahr, biegsam und konturlos zu sein und findet nur schwer einen Job. Es ist wesentlich, sich konkret auf den Arbeitsmarkt einzustellen, zu erkennen, was einen als Person von allen anderen unterscheidet. Als Bewerber muss ich mit der Vorstellung in Gespräche gehen, dass ich dem Arbeitgeber ein Angebot mache. Gerade jungen Menschen fällt das schwer.

Frage: Und für wen ist diese Beratung wichtig?

Dinsing: Ich helfe Menschen, die unzufrieden in ihrem Job sind und suche mit ihnen neue sinnvolle Ansätze. Arbeit sollte mehr als nur Gelderwerb. Das hat mit einem erfüllten Dasein zu tun. In Mül-

"Ich kann viel mehr für Kunden tun und bin nicht der Diener zweier Herren."

heim gibt es außerdem nicht so viele Experten, die Hochschulabsolventen beraten können.

Frage: Deswegen der Markt

Dinsing: Nein, ich hänge eben an der Ruhr und lebe hier, habe aber mehrere Jahre in Essen gearbeitet. Natürlich hoffe ich, dass sich Zielgruppen über Stadtgrenzen hinweg finden. **Frage:** Selbstständigkeit ist ein Risiko. Wieso haben Sie diesen Schritt gewagt?

Dinsing: In der Arbeitsagentur war ich in der Mittlerposition zwischen "Fördern und Fordern", stand zwischen der Agentur und den Arbeitssuchenden. Jetzt kann ich mit der Beratung durch meine Netzwerke viel mehr für die Kunden tun und bin nicht mehr der Diener zweier Herren.

Frage: Eine klassische Bewerbungsfrage: Frau Dinsing, wo sehen sie sich eigentlich in zehn Jahren?

Dinsing: Mein Ziel ist eine Vision. Ich möchte gerne auf einem Bauernhof leben und arbeiten, dort Beratung anbieten und Menschen helfen, die vom Burnout bedroht sind.

Kontakt: Anke Dinsing, "crossover-berufsberatung und coaching",
38 40 89, im Internet: www.anke-dinsing.de.

MBI fordert transparentere Abrechnungen

Die Bescheide für die Müllentsorgung, die Straßenreinigung und das Abwasser für das Jahr 2009 sind bei den Hauseigentümern eingegangen. Für die MBI erneut völlig untransparent und bürgerunfreundlich, weil darin weder die Höhe der Änderungen noch ihr Anlass deutlich hervorgingen. Änderungen ließen sich nur im direkten Vergleich mit dem alten Bescheid des Vorjahres ermitteln, kritisiert die MBI.

Bei der Müllabfuhr sind die Gebühren um 4,35 Prozent, bei der Straßenreinigung um 2,7 Prozent und beim Abwasser um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die MBI hatte vor allem im Hinblick auf den Wegfall des Widerspruchsverfahrens transparentere Bescheide gefordert, hatte sich aber in den politischen Gremien nicht durchsetzen können. Auf ihrer Homepage bietet die MBI einen Muster-Protestbrief an, mit dem die Hauseigentümer bei Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld transparentere Bescheide fordern können. Da der MBI die Angemessenheit der Erhöhungen nicht nachvollziehbar erscheint, droht sie in diesen Musterbriefen auch gerichtliche Schritte an.

POLITIK

Bezüge beleuchten

AUSSCHUSS. Nach einem Jahr bekommt der abgesetzte MEG-Chef Bultmann immer noch Geld.

Vor einem Jahr wurde Gerd Bultmann als MEG-Geschäfsführer abgesetzt. Seine Bezüge erhält er allerdings seitdem weiter. Der fraktionslose Ratsherr Detlef Habig möchte in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses (29. Januar) wissen, wie hoch sich bislang die Gesamtkosten – aufgeschlüsselt nach Gehalt, Sonderzulagen und Sonderleistungen – belaufen.

Zur Begründung für die faktische Entlassung hatte Stadtkämmerer Uwe Bonan im Januar 2008 erklärt: Neben der nachhaltigen Störung des Ver-

trauensverhältnisses spielten auch Teilerkenntnisse aus einem KPMG-Gutachten eine Rolle, das Überstunden des kurz danach ebenfalls entlassenen MEG-Beschäftigten und Ratsherren Yassine beleuchten sollte, eine Rolle bei der faktischen Entlassung. Auch CDU-Fraktionschef und MEG-Aufsichtsratsmitglied Wolfgang Michels hatte versichert: "Gehen Sie nicht davon aus, dass Herr Bultmann bis Ende 2010 auf Kosten der Gebührenzahler spazieren geht."

Inzwischen ist bereits ein Jahr vergangen. (hell)

Sonntagsfrage fast gelöst

Der beliebte Nikolausmarkt muss scheinbar nicht vor verschlossenen Geschäften abgehalten werden. In die Frage der verpassten Beantragung eines verkaufsoffenen Sonntag kommt Bewegung. Dabei haben die Stadtverwaltung und die Grünen dieselbe Idee. Beide halten daran fest, die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage in Saarn nicht weiter zu erhöhen. Naheliegend sei aber ein

Tausch der Termine, schlägt der Bezirksvertreter Stefan Schweers vor, da der Nikolausmarkt über den Stadtteil hinaus ausstrahle. Die Werbegemeinschaft könnte auf einen der beiden bereits beantragten und genehmigten Termin im Juni oder September verzichten. Gleiches meint Stadtsprecher Volker Wiebels: "Wir sind mit allen Beteiligten in engem Kontakt und es sieht gut aus."

WUNSCHLOS GLÜCKLICH KÜCHEN!!! Das gibt's nur direkt vom Hersteller



Ahaus, Von-Röntgen-Str. 9-11, 0 25 61/ 6 94-46 Bochum, Oskar-Hoffmann-Str. 154, 02 34/9 37 38-0 Dortmund, Kortental 71, 02 31/17 19 31/32 Duisburg, Koloniestr. 64-66, 02 03/37 72 00

Düsseldorf, Sternstr. 58, 02 11/4 93 12 31/32 Essen, Alte Bottroper Str. 113, 02 01/66 00 16/17 Kleve, Materborner Allee 1, 0 28 21/7 05 13 Köln-Braunsfeld, Maarweg 12-16, 02 21/97 99 96 0 Krefeld, Dießemer Bruch 100, 0 21 51/54 80 87

Münster, Hammer Str. 176, 02 51/7 73 54

Recklinghausen, Am Stadion 89, 0 23 61/1 20 87/88

St. Augustin, Marie-Curie-Str. 1, 0 22 41/92 66 13/14

Wuppertal, Stresemannstr. 1, 02 02/55 80 91/92

Neuen Katalog anfordern!
www.alma-kuechen.de oder
Tel.: 0 25 61/6 94-0

Jeden Sonntag Schautag! Von 14.00 bis 17.00 Uhr.

Öffnungszeiten: Mo.-Fr.: 09.30 - 19.00 Uhr Sa.: 09.30 - 16.00 Uhr



Wer packt die Hürde?

POLITIK. Mit der Neuregelung des Kommunalwahlgesetzes steigen die Erfolgsaussichten für die kleinen Parteien zwar etwas an. Eine deutliche Verschiebung zu ihren Gunsten ist aber kaum zu erwarten.

FRANK HELLING

Auch wenn die Hürde, die bislang für das Erreichen eines Ratsmandats übersprungen werden musste, fällt, wie es ein Gesetzentwurf der Landesregierung zur Kommunalwahl im Juni vorsieht, eine deutliche Verschiebung zugunsten kleiner Parteien/Wählerbündnisse ist de facto allerdings kaum zu erwarten. Das bei der Kommunalwahl anzuwendende mathematische Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers funktioniert folgendermaßen:

Die Zahl der gültigen Stimmen wird durch die Zahl der Ratssitze geteilt. Das Ergebnis ist der sogenannte Divisor, durch den wiederum die auf jede Partei oder Wahlbündnis entfallene Stimmenanzahl geteilt wird.

Beispiel: Bei 100 000 abgegebenen Stimmen und 50 Ratsmandaten ist der Divisor 2000. Hat Partei A 50 000 Stimmen erhalten, entfallen auf sie 25 Sitze. Partei mit 48 500 Stimmen bekäme 24,25 Sitze. Partei



Die geplante Gesetzesänderung senkt die bisherige Hürde leicht ab.

C mit 1500 Stimmen, erhielte 0,75 Sitze. Bislang musste sie aber mindestens die Sitzzahl 1 erreichen, weil unter 1 nicht aufgerundet wurde. Das neue Gesetz hat diese Vorschrift gestrichen, ab 0,5 wird aufgerundet, Partei C wäre im Rat verte-

• Sollte es bei dem vom Landtag beschlossenen Wahltermin 7. Juni bleiben, müssen Parteien, Wählerbündnisse oder Einzelpersonen bis zum 20. April beim Amt Rat der Stadt einen Antrag eingereicht haben. Einzelkandidaten haben dafür zehn, Parteien/Wählerbünd-

nisse, die als Liste antreten, 100 Unterstützungsunterschriften vorzulegen. Ausgenommen sind Parteien/Bündnisse, die bereits jetzt schon im Stadtrat, im Landtag oder im Bundestag vertreten sind. Gleiches gilt für den fraktions- und parteilosen Stadtrat Detlef Habig.